



# Gewerkschaftsdialog Grundeinkommen

## Das bedingungslose Grundeinkommen: ein Thema für jede Gewerkschaft

Im „Gewerkschaftsdialog Grundeinkommen“ diskutieren Gewerkschafter\*innen über das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Wir sind nicht neutral. Wir sind überzeugt,

- dass ein menschenwürdiges Leben nicht von Erwerbsarbeit abhängen darf,
- dass sich der Wohlstand mit immer weniger Erwerbsarbeit erhalten lässt,
- dass ein BGE finanzierbar ist,
- dass es eine gerechtere Gesellschaft ohne Existenzangst schafft und
- dass es den Gewerkschaften hilft, ihre Ziele zu erreichen.

Inhalt:

- [1. Die Ziele der Gewerkschaften](#)
- [2. Von der Bedeutung freier Tätigkeiten](#)
- [3. Was Arbeit wert ist](#)
- [4. Erwerbsarbeit ohne Zwang](#)
- [5. Das Märchen von der Vollbeschäftigung](#)
- [6. Utopie mit Chancen und Risiken](#)
- [7. Von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft](#)
- [8. Das Grundeinkommen im Sozialstaat](#)
- [9. Neoliberale und konservative BGE-Konzepte](#)
- [10. BGE ist finanzierbar](#)
- [11. Was allen zusteht](#)
- [12. Solidarisch abgesichert](#)
- [13. BGE für Klima und Frieden](#)
- [14. Eine gerechte Gesellschaft](#)

### 1. Die Ziele der Gewerkschaften

Der Genfer Kongress der internationalen Arbeiterassoziation beschloss 1866, für den Achtsturentag zu kämpfen.<sup>1</sup> Arbeitszeitverkürzung war von Anfang an ein zentrales Ziel der Gewerkschaftsbewegung, heute diskutiert sie bereits über eine Viertagewoche<sup>2</sup>. Die solidarische Organisation kollektiver Gegenmacht und der Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen stehen in den Gründungsurkunden der Gewerkschaften, nicht die Forderung nach immer mehr Erwerbsarbeit für alle Zeiten.

### 2. Von der Bedeutung freier Tätigkeiten

Die Gewerkschaften treten für Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein.<sup>3</sup> Erst seit etwa 200 Jahren, also seit der Industrialisierung, ist Tätigkeit gegen Entgelt die vorherrschende Arbeitsform. Wer den Lohn zum Leben braucht, ist nicht frei. Freiheit bedeutet: frei von Not

und Zwang, auch vom Zwang zur Erwerbsarbeit.<sup>4</sup> Neben der Erwerbsarbeit gibt es unbezahlte Tätigkeiten, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren könnte: für Familie und Ehrenamt, für Bildung, Gesundheit und Kultur. Weil die gesellschaftlichen Bedürfnisse sich mit immer weniger Erwerbsarbeit erfüllen lassen, kann das gewerkschaftliche Ziel „mehr freie Zeit“ verwirklicht werden – vorausgesetzt, Existenz und Teilhabe sind ohne Erwerbseinkommen gesichert.

### **3. Was Arbeit wert ist**

„Heutzutage kennen die Leute den Preis von jeder Sache und den Wert von keiner“, schrieb Oscar Wilde. Karl Marx erkannte, dass alle Waren, also auch die Ware Arbeitskraft, einen Tauschwert (Preis bzw. Lohn) und zugleich einen Gebrauchswert (Nutzen) haben. Wer Wohlstand am Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst, sieht nur den Tauschwert. Sogar Unfälle und Umweltschäden tragen aus dieser Sicht zum Wohlstand bei, denn die Kosten erhöhen das BIP. Eine Alternative zum BIP ist der Nationale Wohlfahrtsindex, der jedes Jahr im Auftrag des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomik berechnet wird.<sup>5</sup> Wie kommt Wert in die Welt?<sup>6</sup> Darüber müssen wir diskutieren, denn das ist wichtig für die Finanzierung des BGE.

### **4. Erwerbsarbeit ohne Zwang**

Technischer Fortschritt ersetzt menschliche Arbeitskraft. Um 1900 erzeugte ein Landwirt in Deutschland Nahrungsmittel für vier, im Jahr 2010 für 131 Personen.<sup>7</sup> Das Arbeitsvolumen pro Kopf der Bevölkerung ist nur noch halb so hoch wie 1882. Menschliche Arbeit lässt sich reduzieren, ohne dass es zu Einschränkungen käme. Wir versorgen und ernähren mit immer weniger Erwerbsarbeit immer mehr Menschen. Im Jahr 2022 produzierten Erwerbstätige um 25,4 Prozent mehr pro Person als 1991, das waren 45,3 Prozent mehr pro Stunde.<sup>8</sup> Der Gewinn aus diesem Produktivitätsfortschritt steht der gesamten Gesellschaft zu. Nicht nur den Erwerbstätigen und schon gar nicht allein denen, die Erwerbsarbeitsplätze anbieten.

### **5. Das Märchen von der Vollbeschäftigung**

Die offizielle Arbeitslosenstatistik verschleiern die Erwerbsarbeitskrise.<sup>9</sup> Gut eine Million Arbeitslose werden nicht mitgezählt: ältere Bürgergeld-Bezieher, Ein-Euro-Jobberinnen, Menschen in Eingliederungsmaßnahmen. Prekäre Arbeit nimmt zu. 2016 gab es fünf mal so viele Leiharbeiter\*innen wie 1996, jede\*r Vierte erhielt Niedriglohn. 1,2 Millionen Menschen mussten mit Hartz IV aufstocken, neben 520.000 Minijobber\*innen waren das 156.000 Vollzeitbeschäftigte. Auch wenn umstritten<sup>10</sup> ist, ob Digitalisierung Arbeitsplätze schafft, kostet oder vor allem grundlegend verändert<sup>11</sup>: Vollbeschäftigung als Mittel der Existenzsicherung taugt nicht mehr als gewerkschaftliches Ziel. Sie würde unaufhörliches Wachstum erfordern – ökonomisch ausgeschlossen, ökologisch nicht zu verantworten.

### **6. Utopie mit Chancen und Risiken**

Zum ersten Mal in der Geschichte der Neuzeit kann bezahlte Arbeit ihre zentrale Rolle verlieren. Eine Gesellschaft selbstbestimmt arbeitender Menschen braucht andere Institutionen. Auch die Gewerkschaften müssen ihre Ziele und Strategien prüfen. Wie immer gibt es Chancen und Risiken. Nationalstaatliche Ideologien, die überkommene Strukturen wiederbeleben wollen, sind deshalb so erfolgreich, weil die Politik keine konkrete Utopie jenseits der Erwerbsarbeitsgesellschaft anbieten kann.

### **7. Von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft**

Die Gewerkschaften müssen einerseits im bestehenden System weiter für gute Erwerbsarbeit kämpfen. Hier hilft das BGE: Wer seine Existenz gesichert weiß, akzeptiert keinen schlechten Job. Gegen Lohndumping braucht es weiterhin den Mindestlohn. Andererseits

müssen die Gewerkschaften den Wandel von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft gestalten. Wenn die Bedeutung der Erwerbsarbeit schwindet, werden selbstbestimmte Tätigkeiten wichtiger. Hier können sie daran anknüpfen, dass sie aus der Arbeiterbildung hervorgegangen sind. Wo jede\*r lernen muss, Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft zu übernehmen, ist Bildungsarbeit nötiger denn je.

## **8. Das Grundeinkommen im Sozialstaat**

Weil durch technischen Fortschritt die Produktivität steigt, ist immer weniger menschliche Arbeitskraft und damit Erwerbsarbeit nötig. Deshalb brauchen wir eine von der Erwerbsarbeit unabhängige Einkommensquelle: das BGE. Unser BGE ist keine Sozialleistung. Es ist ein Menschenrecht und gehört deshalb als Rechtsanspruch ins Grundgesetz. Alle erhalten regelmäßig Geld von der Gesellschaft, auch ohne bedürftig zu sein und ohne Gegenleistung. Unser BGE ist kein Almosen. Es sichert Existenz und Teilhabe, schützt allerdings nicht gegen allgemeine Lebensrisiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Behinderung.

## **9. Neoliberale und konservative BGE-Konzepte**

Neben dem emanzipatorischen BGE, das unabhängig macht, gibt es das neoliberale BGE. Für Liberale und Konservative<sup>12</sup> soll es der Markt richten, nicht der Staat<sup>13</sup>. Die Sicherung gegen Lebensrisiken wird zur Privatsache erklärt. Den Rechtsanspruch auf Sozialleistungen soll dann eine einzige, meist viel zu niedrige Geldleistung ersetzen. Wir grenzen uns scharf von solchen „Unterstützern“ eines BGE ab. Ihre Konzepte würden den Sozialstaat aushöhlen, den insbesondere die Gewerkschaften erstritten haben.

## **10. BGE ist finanzierbar**

Ein BGE ist finanzierbar, das zeigen durchgerechnete Modelle.<sup>14</sup> Wenn Erwachsene jeden Monat 1.400 Euro erhalten sollen und Kinder bis 16 Jahre die Hälfte, müssen (Stand 2024) pro Jahr 1.300 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Der Sozialphilosoph Karl Reitter zeigt, dass das möglich ist, wenn ein Drittel des BIP umverteilt wird.<sup>15</sup> Für uns ist klar: Einkommen aus Vermögen und Landbesitz, zum Beispiel Pacht, Miete, Dividenden und Zinsen, müssen das BGE mitfinanzieren. Wir brauchen Vermögensteuer, Finanztransaktionssteuer und eine Mikrosteuer auf bargeldlose Zahlungen. Akzeptable Finanzierungsquellen haben wir zusammengestellt.<sup>16</sup> Teile des BGE ließen sich zunächst auch durch staatliche Geldschöpfung finanzieren.<sup>17</sup>

## **11. Was allen zusteht**

Das BGE kann und soll nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen. Doch es hilft, das ökonomische System des Kapitalismus zu überwinden, hin zu einer gerechten Gesellschaft. Weil Deutschland ein Sozialstaat ist, gehören weitere einklagbare Rechte ins Grundgesetz: auf Wohnen, auf Bildung und auf soziale Sicherheit. Grundbedürfnisse sollen durch öffentliche Güter befriedigt werden, damit sie nicht länger dem kapitalistischen Wettbewerb ausgesetzt sind. Was zu den Grundbedürfnissen zählen soll, müssen wir als Gesellschaft diskutieren.

## **12. Solidarisch abgesichert**

Lohnersatzleistungen wie Renten und Arbeitslosengeld sind individuelle Rechtsansprüche. Dieses System der sozialen Absicherung soll – nach einer Übergangszeit mit besonderen Regeln – zur solidarischen Bürgerversicherung werden. Die Alterssicherung könnte sich aus dem BGE und einer umlagefinanzierten Zusatzversicherung zusammensetzen. Auch wer nur wenig einzahlen konnte, wäre dann nicht mehr allein auf eine menschenunwürdig

niedrige Lohnersatzleistung angewiesen. Steuerfinanzierte Unterstützung in besonderen Lebenslagen muss erhalten bleiben. Dass unsere Sozialsysteme an Erwerbsarbeit gekoppelt sind, müssen wir grundsätzlich diskutieren.

### **13. BGE für Klima und Frieden**

Krieg und Klimakrise bedrohen die Menschheit. Diejenigen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, leiden am meisten darunter. Die dramatische Ungleichheit<sup>18</sup> zwischen reichen und armen Ländern, aber auch zwischen Arm und Reich bei uns, stiftet Unfrieden und bremst kluge Klimapolitik. Für Klima und Frieden muss die Ungleichheit abgebaut werden. Ein BGE kann das. Es verteilt den Reichtum von oben nach unten, holt arme Länder aus der finanziellen Abhängigkeit und durchbricht die klimaschädliche Spirale des Wachstums.<sup>19</sup> Wer darauf vertrauen kann, nicht durchs soziale Netz zu fallen, ist für einschneidende ökosoziale Veränderung gerüstet.

### **14. Eine gerechte Gesellschaft**

Das emanzipatorische BGE ist ein Gewinn an Freiheit durch mehr frei verfügbare Zeit. Damit sind Existenzangst und Armut Vergangenheit. Erwerbstätige können mutig für ihre Interessen eintreten, Gewerkschaften ihre Forderungen besser durchsetzen. Wer nur eingeschränkt oder gar nicht erwerbstätig sein kann, ist besser abgesichert. Selbstbestimmtes Tun und die Entfaltung menschlicher Potenziale stehen im Mittelpunkt. Das BGE schafft Zeit und Raum für Kommunikation, Bildung, politische Partizipation und Ehrenamt und unterstützt den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Das sind zentrale Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

## <sup>1</sup>Quellen und Anmerkungen:

Auf dem Genfer Kongress der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) 1866 wurde unter Mitwirkung von Karl Marx und Friedrich Engels die internationale gesetzliche Einführung des Achtstundentages gefordert und somit zur allgemeinen Forderung der Arbeiterklasse der gesamten Welt erhoben. (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Achtstundentag>, Zugriff 25.10.2021)

Dazu schreibt Karl Marx in den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrates zu den einzelnen Fragen“ unter Punkt 3:

Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstages für eine Vorbedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Verbesserung und Emanzipation scheitern müssen. Sie ist erheischt, um die Gesundheit und körperliche Energie der Arbeiterklasse, d.h. der großen Masse einer jeden Nation, wiederherzustellen und ihr die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs und sozialer und politischer Tätigkeit zu sichern.

Wir schlagen 8 Arbeitsstunden als gesetzliche Schranke des Arbeitstages vor. Diese Beschränkung wird bereits allgemein verlangt von den Arbeitern der Vereinigten Staaten Amerikas, und der Beschluß des Kongresses wird sie zur allgemeinen Forderung der Arbeiterklasse der gesamten Welt erheben. ...

Quelle: [http://www.mlwerke.de/me/me16/me16\\_190.htm](http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_190.htm) (Zugriff 25.10.2021)

<sup>2</sup> Aktuelle gewerkschaftliche Diskussion über die Viertagewoche:

- <https://www.igmetall.de/tarif/faq-zur-vier-tage-woche>

- [https://www.verdi.de/++file++64e5b58b86fc8f2ceb3dbbbb/download/verdi-Tarifpolitik\\_Tarifimpulse-4-Tage-Woche\\_Ausgabe-4-230823.pdf](https://www.verdi.de/++file++64e5b58b86fc8f2ceb3dbbbb/download/verdi-Tarifpolitik_Tarifimpulse-4-Tage-Woche_Ausgabe-4-230823.pdf) (Zugriff:19.01.2024)

<sup>3</sup> DGB-Grundsatzprogramm: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/organisation-und-bundesvorstand/++co++article-mediapool-a9fa09863177d704d888ed62e1ae6fc5> (Zugriff 25.10.2021)

<sup>4</sup> Die gewerkschaftlich orientierten Sozialphilosophen und Befürworter des BGE André Gorz und Oskar Negt haben insbesondere die geschichtliche Entwicklung menschlicher Arbeit analysiert:

- André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt am Main 2000

- Oskar Negt: Arbeit und menschliche Würde, Göttingen 2001

Einen guten Überblick zur Historie der Arbeit bieten:

- Andrea Komlosy: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive, Wien 2014

- Birger P. Priddat: Arbeit und Muße, Marburg 2019

<sup>5</sup> <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-nwi-statt-bip-wohlstand-anders-messen-5943.htm> (Zugriff 12.3.2023)

<sup>6</sup> Zur Werttheorie sehr aufschlussreich: Mariana Mazzucato: Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern, Bonn 2019

<sup>7</sup> Zur Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft siehe <http://www.bauernverband.de/12-jahrhundertvergleich> (Zugriff 25.10.2021)

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeitsplätze (Prognose) siehe [https://www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/ing\\_economic-analysis\\_roboter-3.0.pdf](https://www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/ing_economic-analysis_roboter-3.0.pdf) (Zugriff 25.10.2021)

<sup>8</sup> Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Zit. bei Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum. 2023, Tabelle A 9, Spalten 1,7,8 und 9

<sup>9</sup> Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) kommentiert regelmäßig die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dokumentiert unter Verwendung der BA-Zahlen das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung: [http://biaj.de/images/2021-08-31\\_arbeitsuchende-arbeitslose-rechtskreise-elb-laender-082021.pdf](http://biaj.de/images/2021-08-31_arbeitsuchende-arbeitslose-rechtskreise-elb-laender-082021.pdf) (Zugriff 25.10.2021)

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, ein Zusammenschluss renommierter Wirtschaftswissenschaftler, veröffentlicht jährlich zum offiziellen Gutachten der "Wirtschaftsweisen"

eine andere Sicht der Dinge. So dokumentiert sie u. a. die Entwicklung der Unterbeschäftigungsquote und Zahlen zur Teilzeit- und befristeten Beschäftigung:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Memorandum 2019, S. 216 ff, Köln 2019

<sup>10</sup> Quellen folgen

<sup>11</sup> Quellen folgen

<sup>12</sup> Neoliberal-konservative Ökonomen und Politiker (z. B. August von Hayek, Milton Friedman, Dieter Althaus, Götz Werner und Thomas Straubhaar) treten mit verschiedenen Bezeichnungen (u. a. Negative Einkommenssteuer, Bürgergeld, Sozialdividende) für Modelle ein, die eine stärkere Rolle des Marktes zur Absicherung allgemeiner Lebensrisiken und einen Rückzug des Staates aus diesem Bereich fordern. In der Regel soll eine geringe monetäre Transferleistung die sozialstaatlichen Rechtsansprüche weitgehend oder vollständig ersetzen.

<sup>13</sup> Gelungene Analysen neoliberaler und konservativer Modelle finden sich z. B. hier:  
- Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg.): Grundeinkommen: Geschichte - Modelle - Debatten, Berlin 2010, S. 230 ff  
- Eva Douma: Sicheres Grundeinkommen für alle, Bonn 2018, S. 29 ff

<sup>14</sup> Mehrere Finanzierungsmodelle sind hier dargestellt: <http://bgerheinmain.blogspot.de/bge-finanzierung/>. (Zugriff 27.10.2021)

Weitere Vorschläge in der BGE-Broschüre der BAG der Partei DIE LINKE: [https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BGE\\_druck.pdf](https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BGE_druck.pdf). (Zugriff 3.12.2021)

<sup>15</sup> Karl Reitter: Kritik der linken Kritik am Grundeinkommen. 2021, S. 251

<sup>16</sup> Wir haben aus verschiedenen Finanzierungs Konzepten einen Vorschlag zusammengestellt, der zeigt:

- Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die Finanzierung eines BGE prinzipiell darstellbar.
- Ein BGE lässt sich so finanzieren, dass gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht verletzt werden.

Für den Vorschlag insgesamt wie für die einzelnen Positionen gilt, dass sie nicht in Stein gemeißelt sind und im Rahmen der Diskussion verändert und weiterentwickelt werden können. Ein Beispiel ist insbesondere die Position „Finanztransaktionssteuer“. Hier könnten die Einnahmen durch höhere Steuersätze wesentlich gesteigert werden. Außerdem sollten sämtliche Finanzderivate und der computergesteuerte Hochfrequenzhandel in die Besteuerung einbezogen werden. Finanzierungsquellen, die sich mit den Zielen der Gewerkschaften vertragen: <http://gewerkschaftsdialog-grundeinkommen.de/f13-finanzierung/>

<sup>17</sup> Als Gewerkschafter\*innen vertreten wir wirtschaftspolitisch grundsätzlich eine nachfrageorientierte keynesianische Position und lehnen neoliberale Austeritätspolitik und Schuldenbremse ab. Die Kritik am Neoliberalismus wird aktuell durch eine interessante Diskussion der Wirtschaftswissenschaft über die Geldschöpfung unterstützt. Da der Staat über die Zentralbank Giralgeld (Buchgeld) zur Finanzierung seiner Aufgaben generieren kann, könnte er so auch das BGE (mit)finanzieren. Das Buchgeld soll die Nachfrage ankurbeln, indem es unausgeschöpfte Ressourcen der Realwirtschaft – Rohstoffe, Arbeitskräfte, Maschinen – aktiviert. Wir werden diese Debatte verfolgen und dabei insbesondere auch kritische Einwände – auf die z. B. die Hans-Böckler-Stiftung hinweist – berücksichtigen. Ein weiterer Aspekt betrifft vor dem Hintergrund der ökologischen Krise prinzipiell nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Strategien: Sie erhöhen den Ressourcenverbrauch und damit die Umweltbelastung, wenn sie nicht klimaneutral ausgerichtet sind. Das spricht hinsichtlich der BGE-Finanzierung für Umverteilung.

<sup>18</sup> In »Earth for All« liefern die Expert\*innen des Club of Rome eine politische Gebrauchsanweisung für fünf wesentliche Schritte, in denen mit vergleichbar kleinen Weichenstellungen große Veränderungen erreicht werden können. Ein Auszug aus dem Buch: <https://www.oekom.de/bei-trag/earth-for-all-mit-5-grossen-schritten-in-eine-gerechtere-zukunft-379> (Zugriff 12.3.2023)

<sup>19</sup> Mathias Binswanger, Der Wachstumszwang, Weinheim 2019